



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 08.01.2008  
Az.:

### **25. Sitzung des Kreistages am 17.12.2007**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Dr. Bauer, Thomas

Bauernfeind, Karl-Heinz

Baumgartner, Gabriele

Bauschmid, Friedrich

Becker, Manfred

Bendl, Roswitha

Borgo, Rudolf

Christofori, Erich

Els, Georg

Fischer, Franz

Fischer, Siegfried

ab 14.30 Uhr

Gäb, Bernd

Gotz, Maximilian

Grandinger, Johann

Grandinger, Simon

Hackl, Barbara

Hagl, Monika

Haindl, Sebastian

Harrer, Jutta

Hartl, Anna

Heilmeyer, Georg

Hofstetter, Franz Josef  
Jell, Rosmarie  
Kapfhammer, Rudolf  
Kellermann, Otto

ab 14.15 Uhr



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Knur, Herbert  
Krzizok, Heinrich  
Dr. Kubo, Reinhard  
Kuhn, Günther  
Lackner, Helmut  
Ließ, Inge  
Mayr, Elisabeth  
Meister, Michaela  
Mesner, Franz  
Mittermeier, Jakob  
Mock, Franz  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Reingruber, Karlheinz  
Reiter, Wolfgang  
Rieß, Georg  
Rötzer, Marianne  
Rübensaal, Siegfried  
Dr. Rudolf, Emil  
Scharf-Gerlspeck, Ulrike  
Schlehuber, Anton  
Schmidt, Horst  
Schwimmer, Hans  
Schwimmer, Jakob  
Steinberger, Friedrich  
Sterr, Josef  
Stieglmeier, Helga  
Treffler, Stephan  
Vogelfänger, Cornelia  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans

ab 14.15 Uhr

Dr. Zehetmair, Johann



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

**von der Verwaltung:**

Fischer, Heinz

Wirth, Harald

Eixenberger, Anton

Helfer, Helmut

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina

**Ferner nehmen teil:**

Herr Ammer, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding (TOP 1)

## Tagesordnung

### **Öffentliche Sitzung**

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding  
Bericht  
Vorlage: 2007/0276
2. Haushaltswesen  
Haushaltsberatung 2008  
Vorlage: 2007/0290
3. Bekanntgaben und Anfragen



1. **Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding**  
**Bericht**  
**Vorlage: 2007/0276**

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding, Herrn Ammer.

Büro des Landrats  
BL

**Herr Ammer** verweist auf den versandten Bericht.

Aufgabe der Gesellschaft sei es, für eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung zu sorgen. Insbesondere sei durch die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft Wohnraum deutlich unter dem ortsüblichen Preisniveau bereitzustellen.

Herr Ammer erklärt, den Auftrag habe die Gesellschaft erfüllt, indem in Isen, Erding und Dorfen insgesamt 131 Wohnungen errichtet worden sind. Die Mietpreise liegen deutlich unter den ortsüblichen Mieten. 2006 sei das neue Objekt in Erding, Sigwolfstraße/Ecke Dachauer Straße mit insgesamt 45 Wohnungen fertig gestellt worden. Von diesen Wohnungen seien bereits 40 Wohnungen vermietet. Mehr als 110 Personen, darunter 50 Kinder, zwei Schwerstbehinderte und mehrere Behinderte haben ein neues Zuhause gefunden.

An der Gesellschaft seien 19 Gemeinden und der Landkreis beteiligt. Vom Stammkapital (1.022.583,76 Mio €) hält der Landkreis 60,91 %.

Leider haben 2006 drei Gemeinden den Austritt erklärt. Die drei Gemeinden haben zusammen 1,47 % des gezeichneten Kapitals. In diesen drei Gemeinden finden noch Gemeinderatssitzungen zur Beratung des Themas statt. Er habe angeboten, an den Sitzungen teilzunehmen. Ob noch andere Beschlüsse gefasst werden, könne er derzeit nicht sagen.

Die Ertragslage der Gesellschaft sei geordnet. Im Berichtsjahr 2006 sei ein Jahresgewinn von 16.000 € ausgewiesen, der zur Deckung der Verluste aus dem Jahr 2004 verwendet werde.

Zur Finanzierung der Herstellungskosten für die fünf Gebäude seien zwei Kredite i.H.v. 9.683.504,13 € aufgenommen worden.

Herr Ammer erklärt, die Schlussabrechnung für das neue Bauvorhaben an der Karlsbader Straße sei noch nicht erstellt. Die Gesamtkosten liegen bei 4,95 Mio €. Gegenüber der ersten Planung im Jahr 2004 mit über 5,8 Mio € haben knapp 850.000 € eingespart werden können, obwohl entgegen der Planung der Boden ausgetauscht werden musste.

Für die Finanzierung habe die Reg. v. Obb öffentliche Mittel i.H.v. 2.750.100 € zugesagt, die bereits zu 95 % ausgezahlt sind.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Die übrige Finanzierung der reinen Baukosten von 688.000 € werde im Rahmen eines PPP-Modells vom beauftragten Generalunternehmen auf die Laufzeit von 20 Jahren zu festen Konditionen übernommen. Für die restlichen Kosten (Erschließung des Grundstücks, Baunebenkosten und Finanzierungskosten) wurde ein Bankdarlehen in Anspruch genommen.

**Kreisrätin Ließ** merkt an, 131 Wohnungen seien eine beachtliche Leistung. Sie habe sich erkundigt und erfahren, im Landkreis gibt es 780 geförderte Mietwohnungen.

Sie erklärt, in der letzten Kreisausschusssitzung habe Herr Stadick von ARUSO berichtet, dass es im Landkreis 1.500 Bedarfsgemeinschaften gibt, die Wohngeld beziehen. Knapp die Hälfte davon seien Single-Haushalte. Herr Stadick habe bestätigt, dass es bei den Ein-Zimmer-Appartements einen großen Bedarf gibt.

Die SPD-Fraktion sei deshalb der Meinung, dass geprüft werden muss, ob ein weiterer Bedarf besteht. Sie stellt fest, der Bedarf an Wohnungen habe sich geändert, weil sich die Gesellschaft geändert habe. Die SPD-Fraktion beantragt, dass vom Landratsamt und der ARUSO der Bedarf festgestellt und geprüft wird, wie die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft diesen Bedarf in Zukunft decken kann. Dabei sollte auch die Zahl obdachloser Jugendlicher berücksichtigt werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, heute geht es um den Bericht der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding e.V.

Er bittet Kreisrätin Ließ, den Antrag rechtzeitig vor der nächsten Kreistagsitzung zu stellen. Obwohl keine unmittelbare Zuständigkeit des Kreistages besteht werde er prüfen lassen, ob entsprechende Zahlen ermittelt werden können.

Für die Bedarfsermittlung seien in erster Linie die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis zuständig und nicht der Landkreis. Der Landkreis sei zwar als Hauptgesellschafter der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft beteiligt. Die Forderung von Kreisrätin Ließ würde entweder einen Umbau der bestehenden Wohneinheiten oder eine Neubeschaffung bedeuten. Dazu wäre jedoch eine Beschlusslage der Gesellschafterversammlung notwendig.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0118-08

Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 55 : 0 Stimmen.**

**2. Haushaltswesen**  
**Haushaltsberatung 2008**  
**Vorlage: 2007/0290**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** führt aus:

„Bereits im Vorfeld wurde der Haushalt von der Verwaltung in einer Vielzahl von Gesprächsrunden vorbereitet. Zudem wurde im Vorfeld auch noch mit den Fraktionsvorsitzenden in drei Gesprächsrunden der Haushaltsentwurf diskutiert und entsprechende Änderungen vorgenommen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf hat dabei verschiedenste vorbereitende Ausschüsse durchlaufen:

- 19.11.2007 Bauausschuss – einstimmig
- 26.11.2007 Ausschuss für Kultur und Umwelt – einstimmig
- 27.11.2007 Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung Einzelplan 4, Jugendhilfe – einstimmig  
Empfehlung, den freien Trägern einen angemessenen Zuschuss zu gewähren – einstimmig
- 03.12.2007 Strukturausschuss - Annahme mit 11 : 1 Stimmen.
- 10.12.2007 Kreisausschuss – Annahme mit 11 : 1 Stimmen.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt gegenüber dem Vorjahr um 3.662.000 € an, also 4,1 %. Der Haushaltsentwurf im Verwaltungshaushalt beträgt 93.144.000 € und im Vermögenshaushalt 12.697.000 €, insgesamt also 105.841.000 €

Die größten Einnahmeposten bei den Mehreinnahmen ergeben sich überwiegend durch die Kreisumlage. Mit 49,5 %-Punkten seien dies 3.150.613 € aufgrund des Anstieges der Umlagekraft um 9,88 %. Ein weiterer größerer Posten sei die Erstattung der Verwaltungsleistungen bei der Integrierten Leitstelle mit 267.300 €. Die Schlüsselzuweisungen wurden, trotz steigender Umlagekraft in der gleichen Höhe wie im Vorjahr mit 9.568.760 € veranschlagt.

Weniger Einnahmen hat der Landkreis durch den Wegfall des Büchergeldes mit 280.000 €, das nicht erhoben wird.

Mehrausgaben gibt es bei den Personalkosten. Die Personalkosten steigen um 3,48 %. Der wesentlichste Steigerungsanteil sei eine 3 %ige tarifliche Erhöhung und eine Erhöhung des Leistungsentgelts um 72.000 €

Im Bereich Jugendhilfe ergibt sich ohne Personalkosten und Sachkosten eine Steigerung von 570.624 €. Darin enthalten seien 410.000 € für die Heimerziehung und 132.000 € für die Förderung in Tageseinrichtungen.

Außerdem steigen die Personalkosten für den zusätzlichen Bereich, die Integrierte Leitstelle (neue Landkreisaufgabe) um 265.010 €. 2007 waren die Personalkosten für die Integrierte Leitstelle nur für 9 Monate veranschlagt. Die Gesamtpersonalkosten belaufen sich mit der Integrierten Leitstelle auf 15.346.650 €



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Bereich Sozialhilfe steigt ohne Grundsicherung ohne Personal- und Sachkosten um 115.680 €. Darin enthalten seien 85.000 € für die Erstattung an die Krankenkassen für die Krankenbehandlung und 39.000 € für die Hilfe zur angemessenen Schulausbildung.

Die Grundsicherung steigt ohne Personal und Sachkosten um 107.500 €

Die Bezirksumlage, nach dem damaligen Stand bei 19,8 % hätte 1.716.293 € mehr aufgrund der Steigerung der Umlagekraft bedeutet.

Weniger Ausgaben hat der Landkreis im Bauunterhalt mit 464.800 €. Die Anforderungen für den Bauunterhalt der kreiseigenen Gebäude und Schulen lagen für 2008 insgesamt bei 2.894.750 €. Für 2008 ist geplant, insgesamt Maßnahmen mit Kosten von 1.406.200 € durchzuführen. Ein Teil dieser Maßnahmen i.H.v. 600.000 € wird durch Kassenausgabereiste finanziert.

Die restlichen Maßnahmen mit 806.200 € belasten den Haushalt 2008. 2007 waren im Haushalt für den Bauunterhalt deutlich weniger, 1.271.000 € veranschlagt, also knapp 10 % weniger als 2008.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf wurde die Zuführung zum Vermögenshaushalt gegenüber dem Vorjahr um 534.000 € auf 4.034.000 € erhöht. Durch diese Zuführung ist es möglich, dass der Landkreis 2008 ohne neue Kreditaufnahme zu Recht kommt, und das, trotz der Schulbaumaßnahmen, der Straßenbaumaßnahmen und der sonstigen Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 12.697.000 €. Der Landkreis finanziert 12.697.000 € ausschließlich aus dem, was an Zuschüssen gewährt wird, aus dem Verwaltungshaushalt und was sonst erwirtschaftet werden konnte.

Für den schulischen Bereich steigt der Aufwand brutto um 9.839.535 €. Der Zuschussbedarf fällt um 135.754 € auf 6.322.395 €. Dazu trägt hauptsächlich bei, dass sich die Kosten für den Bauunterhalt für die Schulen um 397.300 € gegenüber dem Vorjahr verringern. Von den 2008 geplanten Maßnahmen mit Kosten von 1.189.000 € werden 569.500 € durch Kassenausgabereiste finanziert. Im Jahr 2007 musste der Bauunterhalt für die Schulen in Höhe von 1.016.800 € aus dem Haushalt finanziert werden.

Für die Schülerbeförderung hat der Landkreis 2008 voraussichtlich brutto 2.835.000 € bereitzustellen. Die staatliche Zuweisung für die Schülerbeförderung wurde mit 1.870.000 € veranschlagt.

Bei den Einnahmen und Ausgaben für die Gastschulbeiträge ergibt sich im Saldo eine Verbesserung für den Landkreis gegenüber dem Vorjahr um 19.150 €. Diese Verbesserung konnte dadurch erreicht werden, weil auch Schüler aus anderen Landkreisen das Gastro-Zentrum besuchen. Insgesamt bedeutet dies, dass 2008 für die Gastschulbeiträge 521.500 € zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Wegfall des Büchergeldes verringert sich die Einnahme um 280.000 €



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Zuschussbedarf für die „Soziale Sicherung“, Einzelplan 4, steigt um 962.764 € auf insgesamt 17.191.587 € (Jugendhilfe 8.346.939 €, Sozialhilfe ohne Grundsicherung 2.484.468 €, Grundsicherung 1.080.500 €, SGB II Hartz IV 4.914.500 € und Wohngeld 365.180 €). Der Landkreis habe auf diese gesetzlichen Ansprüche der Bürger nahezu keinen Einfluss.

Die Steigerungsraten des Zuschussbedarfs ohne die Verwaltungs- und Sachkosten sind: Jugendhilfe 570.624 €, Sozialhilfe ohne Grundsicherung 115.680 €, Grundsicherung 107.500 € und SGB II Hartz IV 2.570 €.

Aufgrund der nun vorliegenden Informationen wird der Bundeszuschuss für die Unterkunft und Heizung im Freistaat Bayern von 31,2 % auf 28,6 % gesenkt. Dies bedeutet, dass der Landkreis um 173.000 € weniger Erstattung erwarten kann und dadurch der Zuschussbedarf 2008 im Bereich Hartz IV um 175.570 € steigen wird.

Für die Leistungen aus Hartz IV, Unterkunft und Heizung, wurden 2008 6.800.000 € veranschlagt. Dies entspricht gerundet 1.587 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich 357 € monatlich.

2007 wurden für die Unterkunft und Heizung der Hartz IV-Empfänger 6.500.000 € eingeplant. Dabei sei von 1.666 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich 325 € monatlich ausgegangen worden. Es wird davon ausgegangen, dass im kommenden Jahr rd. 80 Bedarfsgemeinschaften weniger sein werden und die Verringerung der Arbeitslosigkeit insgesamt so bleibt.

#### Einzelplan 6 – Bau- und Straßenwesen

Für den Unterhalt der 259 km Kreisstraßen wendet der Landkreis 2.042.420 € auf. Der Zuschussbedarf beträgt 1.591.660 €. Der Zuschussbedarf fällt gegenüber dem Vorjahr um 91.170 €, vor allem durch den 2008 erwarteten geringeren Aufwand für den Winterdienst.

#### Einzelplan 7 - Abfallwirtschaft

Der Haushalt kann im Bereich der Abfallwirtschaft 2008 mit 10.248.660 € ausgeglichen werden. Die derzeitigen Gebühren sind für die Jahre 2008 bis 2010 kalkuliert. Die Bürger haben die neuen Abfallgebührenbescheide mit einem gesunkenen Beitrag erhalten, trotz Ausweitung des Angebots (Sperrmüllanlieferung).

Für den ÖPNV ergibt sich eine Belastung des Landkreises von 1.497.190 €. Der Zuschussbedarf fällt gegenüber dem Vorjahr um 123.740 €, weil der Betriebskostenzuschuss für den MVV im Jahr 2007 mit 2.600.000 € veranschlagt wurde und 2008 laut dem vorläufigen Finanzplan des MVV der Betriebskostenzuschuss 2.400.000 € beträgt. Der Landkreis hat weniger an den MVV zu zahlen, weil durch die positiven Zählergebnisse sich die Zuschüsse erhöhen und dadurch von Seiten des Landkreises weniger Zuschuss gezahlt werden muss. Das bedeutet, dass die Bürger vermehrt das Angebot annehmen. Das Angebot im ÖPNV sei deutlich mit der Einführung der bedarfsgesteuerten Verkehre (ALT) erweitert worden. Zusätzlich werden bei einigen Linien zusätzlich Tagesrandlagen, Abendverkehre und auch Wochenendverkehr angeboten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Einzelplan 9 umfasst die wichtigsten Einnahmen des Landkreises. Die größten Einnahmeposten sind die Kreisumlage mit 47.702.947 € (49,5 %) und die Schlüsselzuweisungen mit 9.568.760 €. Außerdem sind im Einzelplan 9 noch die Gebühreneinnahmen, die Grunderwerbsteuer und die allgemeinen Finanzzuweisungen u.a. veranschlagt.

Das Kostenaufkommen (Gebühren und Auslagenersatz) ist 2008 mit 3.195.000 € veranschlagt. Im Vorjahr wurde eine Haushaltsansatz von 3.080.000 € gebildet. In diesen Beträgen ist die Erstattung von Auslagen, z.B. im Baugenehmigungsverfahren i.H.v. 620.000 € enthalten. Es wird erwartet, dass die Gebühreneinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 115.000 € steigen (verschiedene oberirdische Bauwerke am Flughafen - nicht zu verwechseln mit dem Bau der 3. Start- und Landebahn).

Die Einnahmen aus dem Anteil der Grunderwerbsteuer wurden 2008 i.H.v. 1.500.000 € veranschlagt (Ansatz im Vorjahr 1.780.000 €).

Auf der Ausgabenseite steht im vorgelegten Haushaltsentwurf im Einzelplan 9 die Bezirksumlage mit noch 19,8 % mit 19.081.179 €. In der Zwischenzeit haben sich noch einige Dinge geändert.

Der Bezirkstag hat am 13.12.2007 entschieden, die Bezirksumlage um 1 % zu senken. Diese Senkung bedeutet eine Verringerung der Bezirksumlage gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf um 963.696 €.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10.12.2007, entsprechend der mit den Fraktionsvorsitzenden getroffenen Vereinbarung, empfohlen, die Kreisumlage um weitere 0,5 %-Punkte auf 49 % zu senken. Die aus der Senkung der Bezirksumlage noch verbleibenden Mittel (zweite Hälfte des Betrages) i.H.v. gerundet 482.000 € werden im Jahr 2008 für eine außerordentlichen Tilgung von Krediten verwendet.

Durch diese Änderung beträgt die Kreisumlage mit 49 % 47.221.099 €, die Bezirksumlage mit 18,8 % 18.117.483 €. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt beträgt dann 4.516.000 € und die neue Haushaltssumme des Verwaltungshaushaltes in Einnahmen und Ausgaben ergibt 92.662.000 €.

Außerdem ändern sich noch folgende Haushaltsposten: Es gibt weniger Einnahmen bei der Erstattung des Bundes für Unterkunft und Heizung bei Hartz IV mit -173.000 €, zusätzliche Kosten für die psychosoziale Betreuung SGB II +45.000 €, weniger Ausgaben beim Zuschuss an die Kreismusikschule -12.954 €, weniger Ausgaben für die Krankenhausumlage mit -159.910 € und mehr Einnahmen bei der Kilometerpauschale Kreisstraßen +49.090 €.

Wie bereits erwähnt wird die höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 482.000 € zur außerordentlichen Tilgung von Krediten verwendet.

Dadurch ist es möglich, im Haushaltsjahr 2008 mit den bereits veranschlagten ordentlichen Tilgungen von 1.316.250 € insgesamt Kredite i.H.v. 1.798.250 € zu tilgen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Da keine neuen Kreditaufnahmen 2008 erforderlich sind, verringert sich der Schuldenstand von 38.852.301 € auf 37.054.051 €. Dies bedeutet eine Entspannung der Finanzsituation und ein aktives Angehen, Schulden zurückzuzahlen - und das alles bei einer Senkung der Kreisumlage von derzeit 50,8 % auf 49 %.

Der Vermögenshaushalt umfasst 2008 12.697.000 €. Die Maßnahmen sind mit der Finanzierung im Investitionsprogramm aufgelistet. Die größten Investitionen sind die Integrierte Leitstelle mit Gesamtkosten von 2.851.000 € (Kosten 2008 2.074.420 €), die Erweiterung der Realschule Erding (1.100.000 €), der Neubau FOS/BOS (Kosten 2008 900.000 € Planungskosten und die restlichen Grunderwerbskosten von 630.000 €). Dabei ist zu erwähnen, dass aufgrund des Passivhausstandards die Deutsche Umweltstiftung einen Zuschuss von rd. 125.000 € gewähren wird, auch die DBU wird voraussichtlich eine zusätzliche Unterstützung gewähren. Für die Kreisstraßen betragen die Investitionsmittel brutto 2.122.915 € (abzüglich der Zuschüsse von 1.434.915 €). Der Bruttobetrag erhöht sich noch um 315.000 € für den lt. Beschluss des Strukturausschusses vorgezogenen Ausbau der ED 9 zwischen Oberding und Niederding mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrten. Für die Baumaßnahme ist eine Zuwendung von voraussichtlich 160.000 € zu erwarten. Die verbleibenden Kosten von 155.000 € werden von der Gemeinde Oberding vorfinanziert, weil die Maßnahme erst frühestens ab 2012 geplant war.

Für den Bau eines Recyclinghofes in Erding sind im Haushalt 2008 350.000 € eingeplant. Wo der Recyclinghof gebaut wird, muss noch entschieden werden. Es werden derzeit Alternativen in Zusammenarbeit mit der Stadt Erding geprüft.

Die Finanzplanung für die künftigen Jahre 2009 bis 2011 ist natürlich mit erheblichen Unsicherheiten sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite belastet. Der Finanzplan ist auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Daten in den Jahren 2009 mit 2011 ausgeglichen.

Im Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2011 ist nur im Jahr 2009 eine Kreditaufnahme von 6.171.000 € eingeplant. Nach der derzeitigen Planung sind für die FOS/BOS die gesamten Baukosten (ohne Planungskosten) nach Bezug der Schule i.H.v. 13.146.000 € zu zahlen. Es ist noch mit der Reg. v. Obb zu besprechen, welches Modell der Finanzierung gewählt wird.“

Die wichtigsten Seiten der Änderungen im Vorbericht des Haushalts sei an die Kreistagsmitglieder verteilt worden.

Der Vorsitzende bedankt sich insbesondere bei den Fraktionsvorsitzenden für die konstruktiven Gespräche bei den Vorberatungen, dass der Haushalt knapp kalkuliert wurde und dabei gewissenhaft mit dem Geld der Bürger umgegangen wird. Er zeigt sich erfreut darüber, dass 13 Mio € investiert werden können und keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen und das alles bei einer Reduzierung der Kreisumlage auf 49 %-Punkte. Er geht davon aus, dass der Haushalt 2008 die Zustimmung findet.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Schmidt** bedankt sich am Ende der Amtsperiode für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushalts. Manchmal wünsche er sich diese Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen während des Jahres.

Es sei gut, dass sich der Kreistag gegen den Bau der 3. Start- und Landebahn ausgesprochen habe und wünscht, dass die Kreisräte genauso aktiv auch den Transrapid ablehnen und für eine schnelle Realisierung des S-Bahn-Ringschlusses eintreten.

Die SPD-Fraktion habe in den verschiedenen Sitzungen teils gegen den Haushaltsentwurf gestimmt. Die SPD-Fraktion werde aber heute dem Haushalt zustimmen.

Er merkt dazu an, die Senkung der Kreisumlage sei in der vorgenommenen Aufteilung richtig, auch wenn sie die Gemeinden schmerzhaft trifft. Er erinnert, die Kreisumlage habe 2005 52,46 %, 2006 51,4 % und 2007 50,8 % betragen und wird 2008 auf 49 %-Punkte gesenkt. Das bedeutet aber dennoch, dass die Gemeinden einen erheblichen Beitrag leisten müssen: 2003 ca. 35 Mio €, 2006 ca. 43 Mio €, 2007 ca. 44 Mio € und 2008 werden es ca. 47 Mio € sein, ein erheblicher Brocken, der aufzubringen sei.

Er erinnert aber, dass in vielen Bereichen ein erheblicher Zuschussbedarf des Landkreises, z.B. bei der Jugendhilfe, bei Hartz IV, bei der Sozialhilfe ohne Grundsicherung und bei der Grundsicherung mit ca. 14 Mio €, ca. 800 000 € mehr als 2007 notwendig sei. Außerdem investiert der Landkreis ca. 13,5 Mio €.

Er betont, bei aller Notwendigkeit der Investitionen sei auch der Schuldenabbau des Landkreises ein wichtiges Thema. 2003 lagen die Schulden bei 15,2 Mio €, 2007 waren es 38,8 Mio €, diese sinken 2008 auf 37 Mio € und steigen 2009 wieder auf 41,4 Mio € an. Allein schon deshalb sei es nicht möglich, die Kreisumlage noch mehr zu senken.

Es sei nicht ausgeschlossen, dass der Landkreis künftig noch mehr investieren müsse (z.B. Erweiterung Gymnasium Dorfen, Bau der FOS/BOS, eventuell Bau einer weiteren Realschule in Erding oder Dorfen, usw.) Ganz sicher wird das Thema Ganztageschule in den nächsten Jahren weiter den Kreistag beschäftigen.

Noch ein ganz wichtiger Punkt für die SPD-Fraktion sei, dass die Hausaufgabenbetreuung an den beiden Erdinger Gymnasien und an der Realschule unterstützt wird. Dazu habe ein Antrag des Hausaufgabenbetreuungsvereins Erding e.V. zur finanziellen Unterstützung vorgelegen, der im Jugendhilfeausschuss und Kreisausschuss leider abgelehnt worden sei. Das Ziel der SPD-Fraktion sei die Unterstützung dieser so wichtigen Betreuungsfunktion, ein Ehrenamt das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die SPD-Fraktion werde heute den Antrag nicht mehr einbringen, da der Vorsitzende zugesichert habe, dass der Verein von einem Sponsor eine finanzielle Unterstützung erhalten wird.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Kreisrat Schmidt denkt, dass sich der neue Kreistag erneut mit der Schulsozialarbeit an den kreiseigenen Schulen intensiver auseinandersetzen und sie auch einführen müsse.

Erfreulich sei, dass die Mittel für den Kreisjugendring wieder erhöht worden sind. Leider gebe es dazu unterschiedliche Einschätzungen. Der Kreisjugendring habe inzwischen seine Rücklagen aufgebraucht. Er habe die Arbeit nur mit vielen Überstunden und einer Erhöhung der Teilnahmegebühren aufrechterhalten. Kreisrat Schmidt denkt, die Arbeit des Kreisjugendrings wird künftig notwendiger denn je. Prävention und aktive Jugendarbeit werden wichtige Säulen der Landkreisarbeit sein.

Zum Thema Regionalmarketing merkt Kreisrat Schmidt an, er halte es für richtig, dass sich der Landkreis daran beteilige, wenn gleich die bisherigen Ergebnisse in keiner Weise zufrieden stellend seien. Schon alleine der Name „Airfolgs-Region“ sei nicht der richtige Name. Die Landkreise Erding und Freising haben mehr als nur den Flughafen zu bieten. Regionalmarketing dürfe kein Marketinginstrument allein für den Flughafen werden, sondern müsse die Wirtschaft, den Tourismus und den Handel in der Region stärken.

Kreisrat Schmidt denkt, dass die Möglichkeiten der Beteiligung der Politik noch ausgeweitet werden müssen. Vielleicht gelingt es in der nächsten Kreistagsperiode einen gemeinsamen Workshop mit Vertretern beider Kreistage durchzuführen. Sein Vorschlag, den er auch im Stadtrat Erding eingebracht habe, sei eine gemeinsame Landesgartenschau in der Region. Er denkt, die Metropolregion sollte eine Herausforderung und Chance sein, die Interessen des Landkreises einzubringen.

Kreisrat Schmidt wünscht allen eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit, eine faire Wahlauseinandersetzung und der SPD ein gutes Wahlergebnis.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Unterstützung des Hausaufgabenbetreuungsvereins erfolgt nicht aus Mitteln des Landkreises, sondern durch einen Sponsor.

Weiter merkt er bezüglich der Nettokreditaufnahme von 2003 bis 2008 an, es sei eine Nettokreditaufnahme von insgesamt 22 Mio € erfolgt. Davon seien rd. 7,5 Mio € im Bereich Straßenbau und 48 Mio € im Bereich Hochbaumaßnahmen investiert worden. Es seien insgesamt ca. 56 Mio € an Investitionen getätigt worden und das bei 22 Mio € Nettokreditaufnahme.

**Kreisrat Rübensaal** verweist auf Einnahmeverbesserungen beim MVV und auf die Verringerung der Bezirksumlage. Bei den Zuscheidungen beim MVV sei davon auszugehen, nachdem die neue Struktur besser angenommen wird, dass es mehr Einnahmen geben wird als 200.000 €. Der Vorsitzende habe mit den Fraktionsvorsitzenden entschieden, die Hälfte der Einsparungen bei der Bezirksumlage an die Gemeinden weiter zu geben und die andere Hälfte dem Vermögenshaushalt zuzuführen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Bei der Verbundmasse seien die gleichen Ansätze wie im Vorjahr angenommen worden. Dies war ein berechtigter Ansatz. Zur Überraschung aller sei die Verbundmasse jedoch erheblich verbessert worden. Er denkt, dieses „Paket sollte deswegen nicht noch einmal aufgeschnürt werden, wenn es sich in der Größenordnung bis zu einem Viertel Kreisumlagenpunkt bewegt.“ Wenn es sich um kleinere Verbesserungen handelt, sollte wie vereinbart verfahren werden, wenn es jedoch mehr als ein Viertel Kreisumlagenpunkt sei, sollten weitere Besprechungen stattfinden. Es sollten damit Schulden getilgt werden oder im anderen Fall, im nächsten Jahr den Gemeinden aufgerechnet werden. Ein solches Agreement sei schon einmal getroffen worden. Zur erfreulichen Entwicklung der Steuerkraft weist er darauf hin, dass trotz einer Kreisumlage von 49 %-Punkten die Gemeinden um ca. 3,5 Mio € mehr zahlen müssen. Er stellt fest, es sei also nicht entscheidend, wie hoch die Kreisumlage festgesetzt wird, sondern wie viel ein Prozentpunkt wert sei. Im letzten Jahr war ein Kreisumlagenpunkt ca. 770.000 € wert und heuer ca. 900.000 €.

Die zusätzlichen Einnahmen seien für alle erfreulich, es seien gewisse Investitionen gemacht worden. Es müssen deshalb die Kreistagmitglieder auch dazu stehen, die Schulden wieder abzuzahlen.

Kreisrat Rübensaal weist zum Thema Hausaufgabenbetreuung darauf hin, die FW-Fraktion habe einen Antrag gestellt, eine Person zu benennen, die mit freiwilligen Agenturen das Engagement z.B. von Rentnern, Pensionisten, usw. kanalisieren und koordinieren wird. Diese Idee kommt aus dem Landkreis Unterallgäu. Dort sei festgestellt worden, dass damit der Gesellschaft ein guter Dienst erwiesen und dem Landkreis Geld gespart werden kann. Der Landkreis Unterallgäu habe z.B. in einem Jahr eine Wertschöpfung von 770.000 € erzielt.

Der Vorsitzende habe ihm mitgeteilt, dass der Antrag in einer der nächsten Sitzungen im Kreisausschuss behandeln wird. Die FW-Fraktion wird dem Haushalt in der vorgelegten Form zustimmen. Er bedankt sich bei der Kämmerei für die konstruktive Arbeit und bedankt sich bei den Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

**Kreisrätin Stieglmeier** merkt an, es wäre schon interessant zu wissen, wie hoch 2007 die Kreditaufnahme war und wie hoch die tatsächliche Zuführung zum Vermögenshaushalt sein wird.

In der Strukturausschusssitzung habe sie den Antrag gestellt, aus dem Regionalmarketing auszusteigen. Der Antrag sei als nicht verhandelbar dargestellt worden. Mittlerweile habe sie der Presse entnehmen können, dass sowohl im Stadtrat als auch im Kreistag Freising diskutiert und der Ausstieg dort relativ knapp abgelehnt worden ist.

Von daher hält die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den **Antrag** aufrecht, aus dem **Regionalmarketing** auszusteigen. Im Haushalt seien dafür 124.000 € eingeplant (Anteil ARGE 40.000 €, Personal- und Verwaltungskosten 84.000 €). Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei der Meinung, dass mit diesem Geld im Endeffekt für den Flughafen geworben werde, der gleichzeitig durch die immense Ausweitung der Einkaufsmöglichkeiten



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

mit nicht konkurrenzfähigen Öffnungszeiten und sehr wohl innenstadtrelevanten Produkten Kaufkraft aus dem Landkreis abzieht. Dabei möchte sie noch gar nicht auf die Schizophrenie eingehen, dass sich der Landkreis einerseits über Lärm und Abgase beklage, aber dann mit Regionalmarketing zusammen mit dem Flughafen für die schöne Region werben und sogar den Flughafen als besondere Attraktion herausstellen. Fluggäste, die am Flughafen umsteigen und übernachten müssen, tun dies auch ohne einen „Airfolgsregion-Messestand“, ebenso wie Messebesucher in Riem.

Weiter merkt sie an, nachdem sowohl im Ausschuss für Kultur und Umwelt als auch im Kreisausschuss der Antrag auf Bezuschussung der Hausaufgabenbetreuung mehrheitlich abgelehnt worden ist, habe der Vorsitzende sich für einen Sponsor eingesetzt. Für diese Unterstützung möchte sie sich im Namen des Vereins bedanken. Es sei wichtig, dass der Verein Geld bekommt, weil viel Arbeit geleistet wird. Sie denkt, dass sich der Sachaufwandsträger dieser Thematik und damit auch der Finanzierung langfristig annehmen sollte.

In § 2 der Haushaltssatzung heißt es sehr schön: Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf „0 Euro“ festgesetzt. Das freut zunächst alle, denn es sieht so aus, als ob der Landkreis ohne Neuverschuldung auskäme. Das sei allerdings nicht reell, denn es wird eine neue FOS/BOS mit einem PPP-Modell gebaut. Nur deswegen sei es möglich, „diese Null schreiben zu können“, da dies nicht im Vermögenshaushalt erscheint, aber der Landkreis ähnlich wie bei einem Kredit Verpflichtungen hat. Diese Verpflichtungen belaufen sich im Haushalt 2008 auf 6.500.000 €. Zum Vergleich, im Haushalt 2007 beliefen sich diese auf 750.000 € und die Kreditaufnahme war 2007 5.635.000 €. Über den Daumen gepeilt werde nur die Kreditaufnahme gegen die Verpflichtungsermächtigungen ausgetauscht. Diese Verpflichtungen belaufen sich im Haushalt 2008 auf 6.500.000 €. Zum Vergleich waren es im Haushalt 2007 750.000 €, die Kreditaufnahme war 5.635.000 €. Laut dem Finanzplan sei bereits 2009 wieder eine Kreditaufnahme von über 6 Mio € notwendig.

Es schleicht sich zumindest bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der leise Verdacht ein, dass hier der Haushaltsentwurf doch sehr mit Blick auf die Kommunalwahl gerechnet wurde.

Zur Kreisumlage merkt Kreisrätin Stieglmeier an, bis auf einen Ausrutscher 2005 steigen seit 2003 die absoluten Zahlen bei der Kreisumlage kontinuierlich an und zwar von 2003 mit 35.161.550 € auf 2008 knapp 47,2 Mio €, in 5 Jahren also um knapp 12 Mio €.

2008 steigt die Kreisumlage in absoluten Zahlen um knapp 3 Mio €, während gleichzeitig die Bezirksumlage in absoluten Zahlen lediglich um 1,7 Mio € angestiegen sei. Die Bezirksumlage liefert somit für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kein Argument für ein Ansteigen der Kreisumlage in dieser Höhe. Die tatsächlichen Zuführungen zum Vermögenshaushalt lagen immer in einigen Jahren um das Doppelte über den geplanten Zuführungen. 2008 sei eine Zuführung von über 4 Mio € geplant. Um die Größenordnung einzuschätzen merkt sie an, die Mindestzuführung läge bei rund 876.000 €. Wenn nun jetzt noch zugrunde gelegt wird, dass wahrscheinlich auch dieses Jahr bei den Ausgaben wieder reichlich und



**LANDKREIS**  
**ERDING**

bei den Einnahmen eher knapp gerechnet worden ist, was mehr als nahe liegend sei, weil die Zuführung immer über dem Plan gelegen habe, ergibt sich für Bündnis90/Die Grünen ganz klar der **Antrag**, die Kreisumlage um weitere 0,5 %-Punkte auf 48,5 % zu senken. Das bedeutet, rd. 500.000 € weniger Zuführung zum Vermögenshaushalt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen glaubt, dass trotzdem keine Kreditaufnahme notwendig sein wird.

Alle klagen, dass sowohl der Bund als auch das Land den Kommunen immer mehr Aufgaben zuweisen und gleichzeitig Zuschüsse gekürzt werden. Leider ist das Beklagen die einzige Reaktion und es wird dann gerne auf die kommunalen Spitzenverbände verwiesen, die schlecht verhandelt hätten und sicher auch schlecht verhandelt haben. Letztes aktuelles Beispiel sei das Büchergeld, das den Landkreis in diesem Haushalt jetzt 280.000 € kostet. Denn natürlich war es kein freiwilliger Verzicht auf das Büchergeld, wenn im Wahljahr den Kommunen die Erhebung freigestellt wird.

Büro des Landrats  
BL

Hier sollten einerseits die Heimatabgeordneten aller Parteien in Bund und Land in die Pflicht genommen werden und auch den Landkreis selbst nicht immer nur als Mitglied im Landkreistag und als Anhängsel der kommunalen Spitzenverbände sehen, sondern als eigenständig denkende und handelnde Körperschaft, die durchaus auch ihre Forderungen bei den entsprechenden Stellen einbringen kann und im Interesse des Landkreises auch einbringen muss.

**Der Vorsitzende** merkt zur Situation der Kapitalaufnahme an, der Kämmerer wird eine Kreditaufnahme erst zum Jahresende vornehmen, weil durch innere Darlehen eine Kreditaufnahme noch nicht notwendig war.

Weiter erklärt er, das Rechnungsergebnis 2007 zur Zuführung zum Vermögenshaushalt für das Rechnungsjahr 2007 liegt noch nicht vor. Kreisrätin Stiglmeier habe Recht mit der Feststellung, dass die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt nicht die eingeplante Höhe von ca. 5 Mio € ausmacht, sie wäre mit den ordentlichen Tilgungen mit 1.316.000 Mio € zu veranschlagen. Allerdings sei hierbei nicht die Kapitaldienstleistung in Form eines PPP-Modells für das Gastro-Zentrum berücksichtigt, das eigentlich mit dem Zinsanteil im Verwaltungshaushalt eingeplant werden müsste.

Zum Regionalmarketing sagt der Vorsitzende, der Landkreis sei vertraglich durch die Zweckvereinbarung bis 31.07.2009 gebunden. Der Landkreis kann nicht so einfach aus dem Vertrag aussteigen. Die Mittel müssten trotzdem zur Verfügung gestellt werden. Er habe sich gerade die Broschüre kommen lassen. Er kann nicht erkennen, dass alleine Werbung für oder mit dem Flughafen gemacht wird. Überwiegend sieht er Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt Erding, usw. dargestellt. Auf Seite 21 der Broschüre sei die Altstadt in Erding aufgeführt. Seite 23 sei Weihenstephan bis hin zu den kulturellen Leistungen, beschrieben. Auch die Therme Erding sei erwähnt. Er erkenne auch ein Bild, das unmittelbar mit dem Flughafen zusammenhänge. Unter der Überschrift „Bildung ist der Treibstoff für die Zukunft“ sei auch der Flughafen mit abgebildet. Insgesamt sehe er nicht, dass der Flughafen überbewertet oder dominierend dargestellt würde.

Der Vorsitzende fragt Kreisrätin Stieglmeier, ob sie den Antrag zur Abstimmung bringen möchte.

**Kreisrätin Stieglmeier** bejaht dies und wünscht auch eine Abstimmung zur Senkung der Kreisumlage.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Kreisrat Treffler** bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Wochen und möchte grundsätzlich seine Zufriedenheit zum vorliegenden Haushalt zum Ausdruck bringen. Vor allem freut ihn die Ausweitung im Bereich der Jugendhilfe. Die Höhe der Kreisumlage mit 49 % hält er persönlich für ausgewogen. Der Haushalt ohne Neuverschuldung mit einer so großen Zuführung sei eine großartige Sache. Diese Situation sei auf die gesamte wirtschaftliche Situation und auf große Sparsamkeit zurückzuführen. Er möchte auch eine zunehmende Ökologisierung der Politik im Landkreis feststellen. Die neue FOS/BOS soll als Passivhaus gebaut werden. Er freut sich, dass in der Politik des Landkreises hier eine Wende feststellbar sei. Eine ökologische Ausrichtung der Politik wünscht er sich auch bei den Sanierungen des Baubestandes, z.B. bei der Erneuerung der Heizungsanlage der Berufsschule. Er habe sich damit befasst und ausgerechnet, dass sich der Landkreis hier Zinsen von 3.150 € sparen könnte. Einen Antrag dazu möchte er zunächst nicht formulieren. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit und wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Schwimmer** merkt an, von Kreisrätin Stieglmeier sei angesprochen worden, die Abgeordneten des Bayer. Landtags sollten sich wegen des Büchergeldes einsetzen. Im Kreisausschuss sei darüber ausführlich diskutiert worden. Er betont, die Regierung habe mit den kommunalen Spitzenverbänden, also auch mit dem Landkreistag vereinbart, es den Gebietskörperschaften zu überlassen, ob sie auf das Büchergeld verzichten wollen oder nicht. Der Landkreis Erding habe erklärt, dass er auf das Büchergeld verzichten werde.

Er sichert zu, wenn das Schulfinanzierungsgesetz demnächst geändert werde, werden sich die Abgeordneten dafür verwenden, dass der Freistaat einen angemessenen Anteil bei der Finanzierung der Bücher übernehme. Für das laufende Haushaltsjahr sei der Zug jedoch abgefahren.

Weiter meint er, es werde immer wieder unterstellt, dass die Senkung der Kreisumlage ein Wahlgeschenk sei. Tatsache sei aber, der Landkreis könne sich eine Senkung leisten.

In guten Jahren habe der Freistaat Bayern immer wieder den Gemeinden die allgemeinen Schlüsselzuweisungen erhöht. In schlechten Jahren wurde auch schon mal geringfügig gekürzt. Wenn aber eine schwache Region, wie z.B. die Oberpfalz, eine Steigerung von 9,4 % verzeichne, sei davon auszugehen, dass nahezu alle Gemeinden eine Steigerung bei den zuweisungen hätten. 6,4 Milliarden Euro fließen aus dem Staatshaushalt den Gemeinden zu. Das sei nach Abzug der Ausgaben für die Löhne und Gehälter fast jeder dritte Euro. Dies könne sich außer Bayern kein Bundesland in Deutschland leisten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er merkt weiter an, Kernaussage des Kreishaushaltes ist, dass er ausgeglichen sei und gleichzeitig eine außerordentliche Tilgung geleistet wird. Deswegen sei dieser Haushalt aus seiner Sicht mustergültig. Natürlich können oder sollten sich alle Gemeinden wünschen, dass die Kreisumlage noch weiter nach unten geht. Es sollte aber dabei auch daran gedacht werden, dass die Schulden des Landkreises auch die Schulden der Gemeinden sind. Er hält eine Kreisumlage von 49 % für fair im Umgang miteinander und alle sollten diesen Haushalt mittragen.

**Kreisrat Reingruber** merkt zuerst zum Thema Büchergeld an, im Kreis-ausschuss ging es darum, dass der Landkreis von sich aus aktiv werden sollte, selbst wenn der Haushaltsentwurf fertig gestellt sei, einen Ausgleich für das Büchergeld zu bekommen.

Die Forderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Kreisumlage zu senken, begründet er wie folgt:

Im Vorlagebericht auf Seite 25 kann ohne große Probleme festgestellt werden, dass bis 2004 die Kreisumlage des Landkreises Erding, sowohl in der Region 14 als auch in Oberbayern, in der Regel unter dem Durchschnitt lag. Ab diesem Zeitpunkt geht es überdurchschnittlich nach oben. Er geht davon aus, dass auch 2008 die Kreisumlage über dem Durchschnitt in Oberbayern und in der Region 14 liegen wird.

Seite 27 unten steht: „Die Steuerkraft und die Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und Städte des Landkreises Erding sind im Vergleich zu den oberbayerischen Landkreisen und den Landkreisen im gesamten Freistaat Bayern überproportional gestiegen.“ An diesen Einnahmen der Gemeinden konnte der Landkreis Erding durch die gestiegene Umlagekraft partizipieren. Partizipieren heißt „teilhaben“. Der Landkreis habe nicht nur teil am Zuwachs, sondern auch teil an den Ausgaben, die durch die erhöhte Kreisumlage die Gemeinden trifft.

In dieser Wahlperiode (auch auf Seite 27) sei die Umlagekraft im Landkreis von 76.438.152 Mio € in 2003 auf 96.369.591 Mio € in 2008 gestiegen. Dies sei eine Steigerung von ca. 25 %. Die Kreisumlage sei im Vergleich von ca. 35 Mio € auf 47 Mio € gestiegen, dies entspreche einer Steigerung von ca. 33 %. Das bedeute, die Gemeinden würden Jahr für Jahr stärker belastet.

In den letzten Jahren musste die Bezirksumlage sehr oft als Argument für eine Kreisumlagerhöhung herhalten. Auf Seite 29 sei zu sehen, dass die Bezirksumlage von 1992 (ca. 18,5 %) bis 2005 (26 %) gestiegen sei. Nun sinke sie wieder auf 18,8 %, und liege nahe dem Wert von 1992.

Die Kreisumlage stieg in gleichem Zeitraum von 37 % (1992) auf 52,46 % (2005). Sie werde nun auf 49 % gesenkt, es bleibe aber immer noch eine Steigerung von ca. 33 %. Er stellt fest, der Landkreis gibt die Reduzierung der Bezirksumlage nicht an die Gemeinden weiter.

Noch deutlicher wird ein Vergleich der absoluten Beträge:

Beim Bezirk: 1992 7,6 Mio €, 2005 19,5 Mio € (254 %); 2008 18,2 Mio € (240 %)

Beim Landkreis: 1992 15,5 Mio €, 2005 39,3 Mio € (253 %); 2008 47,2 Mio € (über 300 %).



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Landkreis habe die Steigerungen der Bezirkumlage an die Gemeinden weitergegeben, aber die Entlastungen werden nicht vollständig an die Gemeinden weitergegeben. Der Schuldenabbau wird nicht durch eigene Einnahmen, sondern ausschließlich von den Gemeinden finanziert.

Seite 53 sei zu lesen, dass die Zuführung zwar immer gut geplant sei, aber in der Regel der Landkreis am Jahresende immer mehr an den Vermögenshaushalt zugeführt habe, als geplant war. Er geht davon aus, auch wenn die Kreisumlage um weitere 0,5 %-Punkte gesenkt würde, dass Ende 2008 keine Kreditaufnahme erforderlich sein wird. Wenn der Landkreis das kann, kann er nicht verstehen, warum der Landkreis den Gemeinden nicht entgegen kommt und die Kreisumlage senkt.

**Der Vorsitzende** meint, es müsse aber schon erwähnt werden, dass auch eine Aufgabenverlagerung stattgefunden habe. Der Landkreis sei nun ausschließlich für die Unterstützung von Ausländern zuständig, für die früher der Bezirk zuständig gewesen sei.

Natürlich verbrauche der Landkreis Erding mehr Geld. Er möchte nur an die Politik der früheren Regierungsparteien beim Bund erinnern. Zum 01.01.2005 sei die Grundsicherung eingeführt worden, verbunden mit zirka 1 Mio € neuer Ausgaben für den Landkreis. Auch bei Hartz IV ergibt sich eine Steigerung gegenüber der früheren Sozialhilfe mit durchschnittlich 1,5 Mio € Mehrausgaben.

Natürlich kann argumentiert werden, dass der Landkreis die Gemeinden weiter entlastet. Es wird dann aber klar, dass keine Sondertilgungen durchgeführt werden können. Eine reguläre Tilgung wäre möglich. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, anstatt der Sondertilgung von 482.000 € eine Reduzierung der Kreisumlage vorzunehmen. Das bedeutet, dass damit den Gemeinden die Schulden in der Zukunft nicht erspart werden können und die Zinsen aus den 482.000 € in den nächsten Jahren im Verwaltungshaushalt über die Kreisumlage zu bezahlen sind.

Er glaubt, dass es wichtig sei, darzustellen, dass der Landkreis in den letzten Jahren auch viel Geld investiert habe. Es seien 56 Mio € im Bereich Straßen und Schulen investiert worden und das mit 22 Mio € Fremdkapitalaufnahme.

Er denkt, jetzt wo die Möglichkeit besteht, sei es wieder an der Zeit, die Schulden abzubauen, wenn auch in kleinen Schritten.

Kreisrat Reingruber habe mit der Feststellung Recht, dass die Zuführung an den Vermögenshaushalt in den letzten Jahren immer höher gewesen sei als geplant.

Wenn 2003 an Zuführung zum Vermögenshaushalt 1.085.000 € geplant waren und 2.129.692,29 € zugeführt worden sind, sei das fast das Doppelte. Wenn 2004 2 Mio € geplant waren und 2.628.809,13 € zugeführt worden sind, sei das bei einem über 100 Mio Haushalt aber eine Punktlandung. 2005 waren 2,5 Mio € an Zuführung geplant. 2.570.122,01 € haben



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

zugeführt werden können. 2006 waren 2.702.800 € geplant, tatsächlich zugeführt worden sind 4.984.069,06 €. Er stellt weiter fest, dass es deutlich größere Schwankungen bei den Gemeinden gebe. In der Summe hatten die Gemeinden für 2006 eine Zuführung von rd. 9,5 Mio € geplant, tatsächlich zugeführt worden seien 28,4 Mio €. Er möchte das nicht werten, weil es ungerecht gegenüber der einzelnen Gemeinde wäre. Er möchte aber feststellen, dass hier gut das Dreifache des geplanten Betrages zugeführt wurde.

Er geht davon aus, dass die maximale zusätzliche Zuführung des Landkreises ca. 80 bis 100 % waren. In erster Linie profitieren davon die Gemeinden. Die Finanzierung der Landkreise über die Kreisumlage sei gesetzlich geregelt. Die Gemeinden haben wieder eine bessere Situation als noch vor einigen Jahren. Allein die Steigerung der Umlagekraft sei ein Beleg, dass politisch die richtigen Akzente gesetzt worden sind. Er stellt fest, dass es im letzten und auch im laufenden Jahr keine Gemeinde gegeben habe, die den Haushalt nicht ausgleichen hätte können.

Zur Kreisumlage der umliegenden Landkreise teilt er mit, der Landkreis Freising wird die Kreisumlage nicht so weit senken wie der Landkreis Erding. Der Landkreis Ebersberg wird bei 49,5 % Punkten bleiben und der Landkreis Fürstenfeldbruck wird nur gering senken. Er meint, man mache es sich zu leicht, wenn man nur die Kreisumlagensätze der einzelnen Landkreise vergleiche. So engagiere sich etwa der Landkreis Pfaffenhofen kaum im ÖPNV. Dort würden nur etwa 60.000 €/Jahr aufgewandt, um Werbung zu betreiben, weil der Verkehr ausschließlich über eigenwirtschaftliche Linien ohne Defizitfinanzierung organisiert sei. Demgegenüber schla-ge der ÖPNV beim Landkreis Erding jährlich mit ca. 1,5 Mio € zu Buche.

Er betont, eine nochmalige Senkung auf 48,5 %-Punkte würden im Haushalt rd. 500.000 € ausmachen.

Der Vorsitzende fragt Kreisrat Reingruber, ob er einen Ergänzungsantrag stellt, die Kreisumlage zu reduzieren.

**Kreisrat Reingruber** merkt an, bei dem Mehr von ca. 500.000 € an Zuführung zum Vermögenshaushalt wäre es möglich, die Kreisumlage nochmals zu senken.

Daraufhin bringt der Vorsitzende den **Antrag** von Kreisrätin Stieglmeier und Kreisrat Reingruber, anstatt der Zuführung zum Vermögenshaushalt von 482.000 € die Kreisumlage um 0,5 %-Punkt zu reduzieren zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 53 : 4 Stimmen.**

(Zustimmung durch KR Kuhn, KR Patschky, KR Reingruber, KRin Stieglmeier).

**Kreisrätin Stieglmeier** erklärt, ihr Antrag zum Thema Regionalmarketing sollte abgeändert werden. Sie wünscht zu klären, ob es ein Ausstiegsszenario gibt.

**Der Vorsitzende** sagt, ein Ausstiegsszenario kann es geben, wenn sich der Landkreis mit den anderen Partnern verständigt, ob ein Ausstieg mög-



lich sei. Wenn Kreisrätin Stieglmeier sagt, es soll nachgefragt werden - nicht geprüft werden, ob die anderen Partner einverstanden wären, dass ein einzelner aussteigt, kann er das tun.

Er bringt den **Antrag** von Kreisrätin Stieglmeier, für Regionalmarketing keinen Haushaltsposten mehr einzuplanen zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 48 : 10 Stimmen.**

Im Weiteren bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zum Haushalt 2008 zur Abstimmung:

KT/0119-08

1. Das Investitionsprogramm wird festgestellt.
2. Der Finanzplan 2007 - 2011 wird genehmigt.
3. Der Stellenplan 2008 wird genehmigt.
4. Die Kreisumlage wird mit einem Umlagesatz von **49 %** festgesetzt.
5. Der Haushaltsplan 2008 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2008 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 55 : 3 Stimmen.**

(Gegenstimmen: KR Kuhn, KR Reingruber, KRin Stieglmeier)

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

**Kreisrat Becker** merkt an, am Ende dieser Wahlperiode, nach 32 Jahren als Fraktionsvorsitzender, möchte er sich im Namen der CSU-Fraktion für die angenehme, sachorientierte und landkreisbezogene Arbeit bedanken. Dass es manchmal nicht so harmonisch war, liegt zum einen an den unterschiedlichen Auffassungen und sicher auch an seinem Temperament.

Zu seinem 50. Geburtstag war in der Zeitung zu lesen, er habe seine Gegner nie geschont, aber sei nie degoutant gewesen, man habe vielmehr danach immer wieder mit einander reden können.

Er sei unter vier Landräten Fraktionsvorsitzender gewesen und erinnert an die Kreisräte Matthias Stuhlberger, Konrad Maier, sowie an die Kreisrätin Ingrid Sollanek.

Als echten Sozialdemokraten habe er in seiner ersten Wahlperiode als Fraktionsvorsitzenden Max Dasch kennen gelernt. Zu seiner Frau, Anne Dasch, verbindet ihn heute noch ein freundschaftliches Verhältnis. Mit dem späteren Fraktionsvorsitzenden Hans Nikolau verband ihn trotz unterschiedlicher Auffassungen in hohem Maße eine sachpolitische Übereinstimmung. Unübertroffen war Nikolau, wenn es um Fragen zu Satzungen gegangen sei. Rudi Marschall war nicht nur für die SPD, sondern auch für den Kreistag ein Verlust. In den Jahren 1972 bis 1978 war bei den Freien Wählern Dr. Lechner der Fraktionsvorsitzende. Die Zusammenarbeit mit ihm war geprägt von ausgesprochenem Pragmatismus.

Kreisrat Becker merkt an, die ehrenamtliche Tätigkeit im Landkreis habe Spaß gemacht, war aber auch zeitweise, als er noch berufstätig war, eine Last.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er stellt fest, er werde sich auch weiterhin zum Thema Regionalmarketing äußern, weil er meint, dass dies für die Region wichtig sei, und der Landkreis nicht nur der Landeplatz für die Flugzeuge sein dürfe.

Er werde sich auch künftig für das Regionalmarketing einsetzen, wenn er es für notwendig halte, unabhängig davon, welche Personen in diesem Bereich tätig seien. Zurzeit sei seine Tochter mit dabei, nicht weil sie seine Tochter sei, sondern, weil sie sich um die Stelle beworben habe und aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation eingestellt worden sei.

Er wünscht allen gesegnete Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr.

\*

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** die Sitzung des Kreistages um 15.50 Uhr.

Er wünscht eine noch schöne Adventszeit, ein Frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte